

# Aus der Sicht einer Exil-Ungarin : die Schweiz und der Umbruch in Osteuropa

Autor(en): **Garamvölgyi, Judith**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **17 (1990)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910431>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Aus der Sicht einer Exil-Ungarin

## Die Schweiz und der Umbruch in Osteuropa

Die zunächst friedliche Revolution Mitteleuropas, die beschleunigte politische Öffnung in den osteuropäischen Ländern bis hin zu den blutigen Ereignissen in Rumänien lassen auch im nachhinein 1989 als ein Jahr der Wunder erscheinen.

Nach dreiunddreissig in der Schweiz verbrachten Jahren hatte ich meine Hoffnung auf eine echte Demokratisierung meines Geburtslandes Ungarn wenn auch nie ganz aufgegeben, so doch eher als einen schönen



*Judit Garamvölgyi, geboren 1937 in Budapest, kam nach der Revolution von 1956 in die Schweiz. Ihr Geschichtsstudium an der Universität Bern schloss sie 1965 bei Professor Walther Hofer ab. Sie ist heute Professorin für allgemeine Geschichte der neuesten Zeit und befasst sich schweremässig mit Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des mittel- und osteuropäischen Raumes.*

Traum vielleicht für das nächste Jahrtausend bewahrt. Und doch: meine Generation, jene von 1956, durfte ihre historische Rechtfertigung erleben. Gemeinsam mit der schweizerischen Öffentlichkeit fieberten wir einem gutem Ausgang des revolutionären Wandels im ehemaligen Ostblock entgegen. Die Distanzen schwanden, zum Jahresende fielen in Berlin die Mauern des Kalten Krieges auch physisch. Gerade wir Schweizer Bürgerinnen und Bürger mit osteuropäischen Wurzeln gewannen eine neue, gestärkte Identität.

### Desolate Wirtschaftslage

Seitdem werden wir freilich hüben wie drüben vom Alltag eingeholt. Auch die schweizerische Innenpolitik macht krisenhafte Erschütterungen durch, und zur demokrati-

schen Stabilisierung Osteuropas führt noch ein steiniger Weg. Die politische Öffnung enthüllt die desolate Wirtschaftslage aller mittel- und osteuropäischen Länder; eine veraltete, ineffiziente Industrie sowie grösste soziale und Umweltprobleme sind nicht unbedingt beste Voraussetzungen für junge Demokratien. Kein Wunder daher, dass die gegenwärtigen Übergangsregierungen auch Fehler begehen, dass schnell beschlossene Demokratiegesetze nicht immer reibungslos funktionieren, dass um die künftige Machtverteilung auch mit unschönen Mitteln gerungen wird. Wie sollen zudem Polen und Ungarn, um nur die am stärksten verschuldeten Länder zu nennen, ihre fast schon lateinamerikanisch anmutenden Schuldenberge verzinsen oder gar abtragen und gleichzeitig grundlegende Strukturreformen durchführen? Wie sollen die Regierungen bei wachsender Armut und bisher ungeohnter Arbeitslosigkeit ernsthafte soziale und nationale Konflikte verhindern? Fragen über Fragen, auf die es ohne westliche, auch schweizerische Hilfe keine Antwort geben wird.

### Schweiz hat viel zu bieten

International abgestimmte Finanzhilfe zur Überwindung der aktuellen Krise kann freilich nur einen ersten Schritt bedeuten. Hilfestellung bei der Modernisierung der Industrie mit Know-how und Kapital gehört ebenso dazu wie erweiterte, gegenseitig vorteilhafte Handelsbeziehungen. Die Schweiz hätte, davon bin ich überzeugt, einiges zu bieten. Ihre ökonomische Potenz befähigt sie nicht bloss zu Investitionen und Ausbildungskrediten für Fachkräfte. Warum nicht z. B. in «Musterbetrieben» vorbildliches Management und die gut bewährte Berufsbildung im technischen und kaufmännischen Bereich vordemonstrieren? Soziale Marktwirtschaft wie parlamentarische Demokratie setzen die Anerkennung gemeinsamer Werte voraus, bedürfen darüber hinaus aber auch durchdachter und gefestigter Institutionen, professionellen Managements in Staat, Gemeinde und Wirtschaft. Gerade hier hat die Schweiz am meisten zu bieten und die grösste Hilfestellung zu leisten.

Nicht nur Ungarn, auch die meisten anderen vom Wandel erfassten Staaten tragen schwer am unseligen Erbe des übermächtigen, zu stark zentralisierten Staates, gestör-

ter Stadt-Land-Beziehungen, fehlender lokaler Autonomie; mit der Schwäche der zivilen Gesellschaft korrespondiert überall die historisch tief verwurzelte Neigung zu Oligarchien im halbfeudalen oder sozialistischen Gewande. Der pflegliche Umgang mit nationalen Minderheiten muss auch erst gelernt werden.

### Demokratie bedeutet Kleinarbeit

Sicherlich kann das sehr komplizierte, nicht immer entscheidungsfreudige politische System der Schweiz nicht einfach auf osteuropäische Verhältnisse übertragen werden, auch haben gerade die Mitteleuropäer mehr als nur schlechte Erfahrungen mit der sklavischen Kopie eines fremden Systems hinter sich. Gerade das schweizerische Modell bietet aber zahlreiche Elemente, die, angepasst an die lokalen Traditionen, in diesem multinationalen Raum eine segensreiche Wirkung entfalten könnten.

Ich denke dabei an unseren Föderalismus, die Gemeindeautonomie, den Finanzausgleich auf kantonaler und eidgenössischer Ebene, an Institutionen der direkten Demokratie oder an den Umgang mit der Sprachenfrage. Warum nicht Kurse anbieten, in denen die Arbeit einer Gemeindeverwaltung, die Handhabung des Finanzausgleichs, die Durchführung von Wahlen und Volksabstimmungen in Theorie und Praxis gelehrt und gelernt würden? Delegationen aus den Nationalitätenstaaten könnte vorgeschrieben werden, wie die Sprachenfrage in eidgenössischen Gremien – Verwaltung und

## Erbschaft

in der Schweiz:

Testament

Inventar

Güterrechtliche und  
erbrechtliche Entflechtung

Erbteilungsvertrag



**Treuhand Sven Müller**

Birkenrain 4  
CH-8634 Hombrechtikon ZH  
Tel. 055/42 21 21



Kommissionen – angegangen, wie Landessprachen in den Schulen unterrichtet werden. Unsere Lehrervereine und Erziehungsbehörden könnten einen Erfahrungsaustausch über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten des frühen Fremdsprachenunterrichts anregen. Das sind nur wenige, fast willkürlich herausgegriffene Beispiele, die sich leicht vermehren liessen. Der Kern ist allen gemeinsam: Demokratie wie Marktwirtschaft bedürfen der gut abgestimmten institutionellen Verankerung ebenso wie feinsten Kleinarbeit Tag für Tag. Dies Menschen nahezubringen, die nach den langen Jahrzehnten der Diktatur und relativer Armut nun eine schnelle Besserung ihrer Situation durch umfassende Lösungen erhoffen, wird sicher nicht einfach sein.

Die Schweiz ist gewiss keine konfliktfreie Gesellschaft, aber sie hat in einem langen historischen Prozess Institutionen geschaffen, Verfahren erfolgreich erprobt, wie Konflikte in einigermassen friedlichen Formen ausgetragen werden können. Auch von diesen Erfahrungen könnten die werdenden Demokratien profitieren.

#### Stärkung der Neutralen

Natürlich stellt sich die Frage, welches Interesse die Schweiz an solchen Hilfsaktionen haben könnte. Ich bin überzeugt, dass es sich um mehr handelt, als um Anwendung der viel beschworenen aussenpolitischen Maxime der Solidarität. Nur durch umfassende gesamteuropäische Hilfe wird Mittel- und Osteuropa, schon häufig ein Pulverfass, im Rahmen einer europäischen Friedensordnung stabilisiert werden können. Die politische und ökonomische Stabilisierung dieses Raumes liegt somit auch im ureigensten Sicherheitsinteresse der Schweiz. Zudem: die Mehrheit der ungarischen Parteien möchte die Neutralität zur aussenpolitischen Maxime erheben; andere Länder könnten sich diesem Wunsch anschliessen. Auf dem Hintergrund der europäischen Integration könnte eine zahlenmässig gestärkte Gruppe von Neutralen ein grösseres Gewicht in die Waagschale werfen. Ähnliches gilt aber auch für den im Entstehen begriffenen Europäischen Wirtschaftsraum: die Assoziierung der entstehenden Marktwirtschaften an die EFTA dürfte sich als lohnende Perspektive erweisen. Das erste Hilfspaket, im März dieses Jahres von den eidgenössischen Räten für Polen und Ungarn beschlossen, weist in die richtige Richtung und bedeutet mir auch persönliche Genugtuung.

Judit Garamvölgyi

#### Die Fichen der Bundesanwaltschaft

## Eine Affäre, keine Staatskrise

*Im November 1989 legte die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK), die zu Beginn des letzten Jahres beauftragt worden war, im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Bundesrätin Elisabeth Kopp die Ereignisse im EJPD abzuklären, ihren Schlussbericht vor. Dieser brachte unter anderem die für weite Kreise völlig neue Tatsache zutage, dass von der Bundespolizei jahrzehntelang über Hunderttausende von Bürgern Fichen (= persönliche Karteikarten) und Dossiers angelegt worden waren.*

Es besteht kein Zweifel, dass Staatsschutz und Nachrichtendienst zu Zeiten des Kalten Krieges für die Schweiz lebensnotwendig gewesen waren, und dass es auch heute nicht darum geht, die präventive Polizei einfach abzuschaffen, im Gegenteil! Auf eine in vernünftigen Grenzen gehaltene Bundespolizei mit einem qualifizierten Nachrichtendienst kann für die Bekämpfung von Terrorismus, organisiertem Verbrechen, gewalttätigem Extremismus und Spionage weniger denn je verzichtet werden. Staatsschutz heisst jedoch Schutz des Landes und des Einzelnen und darf niemals Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei bedeuten, wie es leider in diesem Fall bis vor kurzem oft praktiziert worden war.

Die Teilnahme an einer bewilligten Demonstration oder eine Reise hinter den Eisernen Vorhang genügten unter Umständen bereits, um zu einem Ficheneintrag zu kommen, was wiederum für den Betroffenen eine empfindliche Benachteiligung (z. B. bei der Bewerbung um eine Stelle oder um eine



Wohnung) bedeuten konnte, natürlich ohne dass dieser davon wusste.

Im Anschluss an die Bekanntmachung dieser Zustände durch die PUK gerieten Staatsschutz und politische Polizei unter massive Kritik, und immer energischer wurde das Recht auf Ficheneinsicht für alle, *unabhängig von Wohnsitz und Nationalität*, verlangt. Anfang Februar 1990 konnten dann die ersten Gesuchsteller(innen) ihre Karteikarten, sofern vorhanden, einsehen. Der Ärger über die dilettantische Registrierwut traf auch die Kantone und z. T. die Gemeinden, die sich noch zusätzlich eigene Akten angelegt hatten, aus denen ein grosser Teil der oft banalen oder falschen Eintragungen stammte. Auf die Forderung nach einer gründlichen Entrümpelung der Archive und vor allem nach der Sicherstellung der Staatsschutzakten ernannte der Bundesrat Mitte März einen Sonderbeauftragten mit dem bis Ende 1990 befristeten Auftrag, die bereits 150 000 vorhandenen Einsichtsgesuche und alle weiteren noch eintreffenden zu behandeln.

Die Einsichtnahme erfolgt durch Zusendung einer Fotokopie der betreffenden Karteikarten an die Gesuchsteller.

Das EMD wird die registrierten Personen von sich aus im gegebenen Zeitpunkt informieren. (Stand Redaktionsschluss) WIL

*Bitte beachten Sie unsere Zusatzinformationen in den Offiziellen Mitteilungen.*

#### IMMOBILIER

Nous pouvons régler tous vos problèmes immobiliers en Suisse – Achat, vente gérance, administration et fiscalité

**Fiduciaire & Régie  
P.-A. NOZ SA  
Case postale 145  
1000 LAUSANNE 6**

Tél. 021 29 58 61  
Télex 454 551 FIDU CH  
Téléfax 021 29 48 51